dem Grundstück unter diesem Aspekt anzuordnen und zu betreiben. Es wird ein diesbezüglich ausreichender Abstand zu Gebäuden und Grundstücksgrenzen empfohlen.“

Wassergefährdende Stoffe

Materialien sind so zu lagern, dass ein Eindringen von wassergefährdenden Stoffen in Gewässer (Grundwasser, oberirdische Gewässer) nicht zu besorgen ist und sicher verhindert wird. Es gilt die allgemeine Sorgfaltspflicht. Kontaminierte Materialien sind von hierfür zugelassenen Fachfirmen auf zugelassenen Anlagen entsorgen zu lassen.“ Stellungnahme LRA vom 16.02.2022

Es wird empfohlen das Gefälle der Verkehrsfläche im Bereich der Flurstücke Nr. 60/8 und 294/9 nach Süden zu neigen und in der Grünfläche eine Regenwasserversickerung- bzw -rückhaltung zu integrieren.

5.2.4 LÖSCHWASSERVERSORGUNG

Für die Löschwasserversorgung steht nordwestlich des Plangebietes ein Löschwasserteich auf dem Flurstück Nr. 26/1 zur Verfügung. Der Teich befindet sich unmittelbar gegenüber dem Flurstück Nr. 58/5.

Er ist mit einen Entnahmestutzen versehen, an den im Brandfall die Feuerwehr direkt die Wasserentnahme anschließen kann.

Das gesamte Plangebiet befindet sich im 300 m-Bereich des Teiches.

Für den Standort werden lt. DWG-Richtlinie W 405 - 96 m³/h für den Zeitraum von 2 Stunden benötigt. Die Menge ist über den Löschwasserteich auf dem Flurstück Nr. 26/1 gesichert.

Zusätzlich wird die Installation eines Hydranten in die neu zu schaffende Wasserleitung für die Erstversorgung empfohlen.

5.2.5 ELEKTROENERGIEVERSORGUNG

Das Baugebiet ist von der Ortslage aus neu zu erschließen.

Die Versorgung des Plangebietes ist möglich.

Bei Baumaßnahmen sind die anerkannten Regeln der Technik (wie z.B. DVGW-Arbeitsblätter, DIN-Vorschriften, VDE-Richtlinien, UV-Vorschriften) zu beachten.

Von den dargestellten Nieder- und Mittelspannungskabelanlagen wird zu eventuell geplanten Bauobjekten ein seitlicher Mindestabstand von 1,0 m gefordert. Der Abstand zum Kabel bei Maschineneinsatz muss mindestens 0,3 m betragen. Die Überdeckung der Kabel von 0,6 m ist zu gewährleisten.

Die Kabel dürfen nicht überbaut bzw. überschüttet werden.

Eine Veränderung von Höhenlagen ist nicht gestattet.

Zur Verlegtiefe kann das Versorgungsunternehmen keine Angaben machen, diese ist durch Suchschachtung mittels Querschläge zu ermitteln.

Im gesamten Bereich der Kabelanlagen ist Handschachtung erforderlich.

Von den dargestellten Niederspannungsfreileitungen ist ein waagerechter Mindestabstand vom äußeren Leiterseil von 2,5 m zu eventuell geplanten Bauobjekten einzuhalten.

Vor Baubeginn ist durch die beauftragte Firma die Schachterlaubnis beim Versorgungsträger zwingend einzuholen.

5.2.6 GASVERSORGUNG

Das Gebiet verfügt über keinen Gasanschluss.

Die Gasleitungen befinden sich nördlich der Straße Friedrichswalde, etwas außerhalb des Plangebietes.

Eine Versorgung des Gebietes ist möglich.

Bei geplanten Baumaßnahmen müssen die anerkannten Regeln der Technik (wie z. B. DVGW-Arbeitsblätter, DIN-Vorschriften, VDE-Richtlinien, BG-Vorschriften usw.) beachtet werden.

Die exakte Lage, insbesondere Tiefenlage und der Verlauf der Versorgungsanlagen, können von den Eintragungen in den Plänen abweichen. Zur genauen Lagefeststellung sind fachgerechte Erkundigungsmaßnahmen (Ortung, Querschläge, Suchschlitze, Handschachtung o. a.) durchzuführen.

Während der Baumaßnahme müssen unsere Versorgungsanlagen so gesichert werden, dass seitliche und höhenmäßige Lageveränderungen ausgeschlossen sind. Leitungen mit einer Überdeckung von 0,2 m dürfen nicht ohne Schutzmaßnahmen, die mit dem zuständigen Meisterbereich abgestimmt sind, befahren werden. Freigelegte Rohrleitungen sind vor mechanischen Beschädigungen durch geeignete Mittel (z. B. Schutzmatten) zu schützen.

5.2.7 FERNMELDEANLAGEN

Das Gebiet ist entlang der nördlichen Grenze des Bebauungsplanes im Randbereich der Straße mit Kabeln der Telekom erschlossen.

Von da aus ist eine Erschließung im Gebiet erforderlich.

Die innere Erschließung ist mit dem Versorgungsunternehmen im Rahmen der Erschließung abzustimmen.

Die Mitbenutzung von privaten Wegen und die Eintragung von Leitungsrechten zu Gunsten der Telekom Deutschland ist zu gegebener Zeit im Rahmen der Erschließungsplanung vorzunehmen.

Ein entsprechender Antrag ist mindestens 6 Monate vor Baubeginn beim Versorgungsunternehmen zu stellen.

In den Verkehrsflächen bzw. Gehwegen/unbefestigten Randstreifen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,3 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen. Hinsichtlich Baumpflanzungen ist DIN 18920 zu beachten.

Seitens der SachenNetze (Sachsen Gigabit GmbH) wurde in der Stellungnahme vom 01.03.2023 signalisiert, dass Anschlüsse für das Plangebiet vorgesehen sind.

5.2.8. MÜLLENTSORGUNG

Die Entsorgung des anfallenden Mülls wird gemäß der Abfallsatzung des Landkreises Sächsische Schweiz – Osterzgebirge unter Verantwortung des Zweckverbandes „Abfallentsorgung Oberes Elbtal“ (ZAOE) durch ein Entsorgungsunternehmen ausgeführt.

Für Abfallbehälter sind befestigte Flächen und Zufahrtswege vorzusehen und so anzulegen, dass sie den Bedingungen der Abfallwirtschaftssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) und den Bestimmungen der Berufsgenossenschaft der Müllwerker entsprechen. Gemäß § 7 Abs. 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sind anfallende Abfälle, die nicht vermieden werden können, vorrangig einer Verwertung zuzuführen.

Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG zu beseitigen. Bei einer Verwertung ist gemäß § 7 Abs. 3 KrWG ein besonderes Augenmerk auf die Schadlosigkeit der Verwertung zu richten.

Es darf insbesondere nicht zu einer Schadstoffanreicherung im Wertstoffkreislauf kommen.

Abfälle zur Beseitigung sind gemäß § 17 Abs. 1 KrWG dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) anzudienen, soweit diese nicht durch eine der Abfallsatzungen des örE von der Entsorgung ausgeschlossen sind. Die aktuell gültigen Abfallsatzungen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) sind zu beachten. Bei der Entsorgung von gefährlichen Abfällen sind die Vorgaben der Nachweisverordnung (NachwV) zu beachten.

5.2.9 WERTSTOFFERFASSUNG

Für die Wertstoffeffassung sind die Standorte im Ortsteil Friedrichswalde zu nutzen.

Die Entsorgung erfolgt ebenfalls unter Verantwortung des ZAOE durch Entsorgungsunternehmen.

5.3 NATÜRLICHE RADIOAKTIVITÄT

Am 31. Dezember 2018 sind in Deutschland das Strahlenschutzgesetz und die neue Strahlenschutzverordnung in Kraft getreten. Demnach gilt für eine über das Jahr gemittelte Radonaktivitätskonzentration in der Luft in Innenräumen ein Referenzwert von 300 Becquerel pro Kubikmeter, oberhalb dessen Radonkonzentrationen als unangemessen betrachtet werden.

Gem. Karte des LfULG (<https://www.strahlenschutz.sachsen.de/radonpotenzialin-sachsen-10108.html>, abgerufen am 26.06.2020) werden für die Gemeinde Bahretal Überschreitungswahrscheinlichkeiten von 10 % bis 30 % des o.g. Referenzwertes prognostiziert.

Zum vorsorgenden Schutz vor erhöhter Strahlenbelastung durch Zutritt von Radon in Aufenthaltsräume wird empfohlen, bei geplanten Neubauten generell einen Radonschutz vorzusehen oder von einem kompetenten Ingenieurbüro die radiologische Situation auf dem Grundstück und den Bedarf an Schutzmaßnahmen abklären zu lassen.

Bei Fragen zu Radonvorkommen, Radonwirkung und Radonschutz wenden Sie sich bitte an die Radonberatungsstelle des Freistaates Sachsen: Staatliche Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft Radonberatungsstelle.

Besucheradresse: Dresdner Straße 183
 09131 Chemnitz
 Telefon: 0371 46124-221
 E-Mail: radonberatung@smul.sachsen.de
 Internet: www.strahlenschutz.sachsen.de.

5.4 HINWEISE AUS STELLUNGNAHME VON BEHÖRDEN

LANDESAMT FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND GEOLOGIE

Allgemeine geologische und hydrogeologische Situation im Plangebiet

Das Plangebiet befindet sich aus regionalgeologischer Sicht nach Aussagen der geologischen Grundkarten innerhalb des Maxen-Berggießhübeler Synklinoriums.

Der oberflächen nahe Festgesteinsuntergrund des Plangebietes wird entweder durch Sedimentgesteine aus wechsellagernden Tonschiefern und Grauwacken oder im Süden und Osten durch magmatisches Gestein in Form von Rhyolith aus dem Karbon gebildet. Die genannten Gesteine liegen an ihrer Oberfläche verwittert bis zersetzt mit Lockergesteinseigenschaften vor. Die Verwitterungszone wird überwiegend durch eiszeitlich abgelagerten Gehängelehm und Hangschutt überlagert. Im Norden grenzt das Plangebiet an die Aue des Friedrichswalder Baches. In der Bachaue werden über der Verwitterungszone oberflächlich Bachablagerungen aus Auelehm, Bachsand und Bachkies erwartet. Untergeordnet kommen lokal im Bereich von Bebauungen und Flächenbefestigungen oberflächlich anthropogene Auffüllungen vor, die die natürliche Schichtenfolge überlagern oder ersetzen.

Das natürliche geologische Profil wird zuoberst durch einen humosen Oberboden abgeschlossen.

Aus hydrogeologischer Sicht ist innerhalb der Talaue mit oberflächennahem Talgrundwasser zu rechnen. Die Bachsande und Bachkiese bilden einen Talgrundwasserleiter im Sinne eines Porengrundwasserleiters aus. Das Talgrundwasser steht erfahrungsgemäß mit dem Wasserstand im Vorfluter in hydraulischem Kontakt.

Außerhalb der Talaue ist oberflächennahes Grundwasser aus dem Zwischenabfluss an den Hangschutt und die rollig ausgebildete Festgesteins-Verwitterungszone gebunden.

Sein Abfluss folgt dem morphologischen Gefälle in Richtung Friedrichswalder Bach.

Der Zwischenabfluss und das Bachgrundwasser unterliegen jahreszeitlichen und witterungsbedingten Schwankungen. In Trockenperioden können im Zwischenabfluss Grundwasserleiter auch ungesättigte Verhältnisse vorkommen.

Die unverwitterten Festgesteine bilden einen Kluftgrundwasserleiter aus. Hier zirkuliert Grundwasser auf hydraulisch wirksamen Trennflächen wie Kluft- und Störungszonen.

Baugrunderkundung mit Bohranzeige- und Bohrergebnismittelungspflicht

Für Neubau- und Erschließungsmaßnahmen empfehlen wir der Bauherrschaft zu einer sicheren Planung und zur Reduzierung des Baugrundrisikos standortkonkrete und auf die Bauaufgabe ausgerichtete Baugrunduntersuchungen nach DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2. Für eine wirtschaftlich und bautechnisch sinnvolle Planung, Ausschreibung und Bauausführung sind Kenntnisse zum Baugrund, seiner Tragfähigkeit, den Grundwasserhältnissen, der Standsicherheit, der Ausweisung von Homogenbereichen hinsichtlich der gewählten Bauverfahren und zu Kennwerten notwendig. Die geplanten Neubaumaßnahmen sollten nach DIN EN 1997 einer geotechnischen Kategorie zugeordnet werden, um den notwendigen Umfang an Erkundungsmaßnahmen und zu erbringenden Nachweisen einzugrenzen.

Regenwasserversickerung

Für den Fall einer Versickerung von Niederschlagswasser über unterirdische Versickerungsanlagen muss die Versickerungseignung des potenziellen Horizontes grundsätzlich dafür geeignet sein. Wir empfehlen die Eignung standortkonkret durch praktische Sickertests im Rahmen der Baugrunduntersuchung nachzuweisen. Für eine langfristige Funktionsfähigkeit von Regenwasserversickerungsanlagen verweisen wir auf die Einhaltung der Planungsgrundsätze und Untergrundanforderungen des DWAArbeitsblattes A 138 (Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser) der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.v. aus Hennef vom April 2005.